

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 56/0385/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	29.07.2020
		Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 14.05.2020 – öffentlicher Teil			
Beratungsfolge:		TOP: 2	
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
27.08.2020	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 14.05.2020 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

Keine.

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Integration und Demographie - ACHTUNG: GEÄNDERTER
SITZUNGSORT !**

4. Juni 2020

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.05.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Europa, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke als Vorsitzende

Ratsfrau Melanie Astrid Seufert

Ratsfrau Uschi Brammertz

Ratsherr Holger Brantin

Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Nathalie Koentges

Ratsherr Hans Müller
Frau Anne Eickholt-Schippers
Herr Frank Hansen
Frau Margret Roitzsch
Herr Rolf Schäfer
Frau Caline Strack
Frau Sabrina Thevaraj
Frau Nadine-Dominique van der Meulen
Herr Norbert Klüppel
Frau Ute Reiber
Herr Bernhard Verholen
Herr Georg Georgiadis

Abwesende:

Ratsfrau Ellen Begolli	entschuldigt
Ratsfrau Daniela Parting	entschuldigt
Herr Jürgen Amberg	entschuldigt

von der Verwaltung:

Prof. Dr. Sicking	Dez. VI - Beigeordneter -
Herr Frankenberger	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration – Fachbereichsleitung
Herr Tönnies	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Wölk	Fachbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

als Schriftführerin:

Frau Daemen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 05.12.2019 – öffentlicher Teil und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.01.2020 – öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0352/WP17

- 3 **Sachstandsbericht zum Tagesordnungsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen zur Erstellung eines Konzepts zur niederschweligen sozialen Arbeit in der Innenstadt**
Vorlage: FB 56/0360/WP17

- 4 **Förderantrag im Rahmen des aktuellen Landesförderprogramms ´Alter und Pflege´ in Kooperation mit dem Altenheim St. Elisabeth**
Vorlage: FB 56/0371/WP17

- 5 **Integrationsmaßnahmen 2020 (ehemals Projekte zur Integration) – Beschlussfassung über die Mittelverteilung**
Vorlage: FB 56/0341/WP17

- 5.1 **Integrationsmaßnahmen 2020 (ehemals Projekte zur Integration) – Beschlussfassung über die Mittelverteilung**
Vorlage: FB 56/0341/WP17-1

- 6 **Struktur der Begegnungszentren: Aufstockung der Beschäftigungsumfänge und Ausbau**
Vorlage: FB 56/0361/WP17

- 7 **Vergabe von Mitteln aus dem Stadteifonds**
Vorlage: FB 56/0376/WP17
- 8 **Aktuelle Situation**
**a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt
und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem
SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG**
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0358/WP17
- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 05.12.2019 – nichtöffentlicher Teil und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.01.2020 – nichtöffentlicher Teil:
Vorlage: FB 56/0356/WP17**

- 2 **Bezuschussung von Begegnungszentren von Migranten*innen-Organisationen:
Vorlage: FB 56/0351/WP17**

- 3 **Anmietung eines Mehrfamilienhauses zur Unterbringung von Flüchtlingen:
Vorlage: FB 56/0372/WP17**

- 4 **Anmietung von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen (Vertragsverlängerung):
Vorlage: FB 56/0374/WP17**

- 5 **Anmietung von nach der Richtlinie Flüchtlinge gefördertem Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen:
Vorlage: FB 56/0373/WP17**

- 6 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Höller-Radtke, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Besucherinnen.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Herr Frankenberger beantragt, die Vorlage „Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds“, die als Tischvorlage verteilt wurde (Anlage 1), mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt, diese Vorlage aufzunehmen und als neuen TOP 7 zu behandeln. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils um eine Nummer nach hinten.

Frau Seufert beantragt, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Verwendung der Essensgelder aus dem Bundes- und Teilhabegesetz (BuT) an berechtigte Familien während der Corona-Krise“ zu behandeln und verweist auf den von ihr vorgelegten Beschlussentwurf (Anlage 2).

Nach Beratung beschließt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie, diesen Tagesordnungsantrag gemeinsam mit der von der Verwaltung vorgelegten Vorlage „Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds“ zu beraten.

zu 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 05.12.2019 – öffentlicher Teil und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.01.2020 – öffentlicher Teil

Vorlage: FB 56/0352/WP17

Herr Verholen bittet, die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.01.2020 unter TOP 5, 3. Absatz, wie folgt zu korrigieren: „Herr Verholen weist darauf hin, dass in naher Zukunft weitere Instrumente **zur Integration von Migranten** mit einem Millionen Budget vom **Land** geplant sind...“

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

ASID/34/WP.17

Ausdruck vom: 04.06.2020

Seite: 6/17

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschriften über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 05.12.2019 – öffentlicher Teil und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.01.2020 – öffentlicher Teil, mit der vorgenannten Änderung.

**zu 3 Sachstandsbericht zum Tagesordnungsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen zur Erstellung eines Konzepts zur niederschweligen sozialen Arbeit in der Innenstadt
Vorlage: FB 56/0360/WP17**

Frau Koentges dankt für die schnelle und professionelle Bearbeitung des Tagesordnungsantrags und freut sich auf die angekündigte Präsentation der Ergebnisse der Analyse.

Frau Seufert begrüßt die Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule Aachen. Wichtig ist, dass eine Handlungsempfehlung erarbeitet wird, wie das Verdrängungsproblem von Menschen mit Suchtproblemen, denen ein Rückzugsort fehlt, gelöst werden kann. Hierbei sollten auch die betroffenen Anwohner, Händler, Pendler, Fahrgäste und Suchtkranke einbezogen werden.

Herr Hansen bittet die Verwaltung, eine lesbarere Version der auf Seite 15 und 16 der Einladung enthaltenen Darstellungen nachzureichen.

Herr Frankenberger sagte zu, dies mit Herrn Dr. Baum zu besprechen.

Anschließend fragt Herr Hansen nach, ob diverse Externe, wie Quartiersmanager, Stadtteilkonferenzen und die Aidshilfe in die Analyse mit einbezogen werden.

Herr Frankenberger erläutert, dass die Quartiersmanager und Stadtteilkonferenzen definitiv beteiligt werden; zu der Aidshilfe könne er keine Aussage machen. Insgesamt wird sich der Kreis der externen Partner stetig erweitern.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zum Konzept zur niederschweligen sozialen Arbeit zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die beschriebene Analyse weiter durchzuführen und die Ergebnisse im Ausschuss zu präsentieren.

zu 4 Förderantrag im Rahmen des aktuellen Landesförderprogramms 'Alter und Pflege' in Kooperation mit dem Altenheim St. Elisabeth
Vorlage: FB 56/0371/WP17

Herr Verholen teilt mit, dass er wegen Befangenheit an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht teilnimmt.

Frau Seufert lobt das Projekt und bittet um halbjährliche Berichterstattung hierüber im Ausschuss.

Herr Frankenberger erläutert, dass man sich jetzt in der zweiten Projektphase befindet und weist darauf hin, dass diese jetzt erstmalig mit einem geringen Eigenanteil verbunden ist, der aber hälftig vom Kooperationspartner getragen wird und bittet den Ausschuss, diese Förderantragstellung zu unterstützen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie begrüßt die Förderantragstellung und beschließt die Umsetzung und Kofinanzierung des Projekts „Wenn nichts mehr geht, geht Nachbarschaft!? – Möglichkeiten und Grenzen von Nachbarschaften und anderen Mikrosozialräumen heute“ im Rahmen Landesförderprogramms „Alter und Pflege“.

zu 5 Integrationsmaßnahmen 2020 (ehemals Projekte zur Integration) – Beschlussfassung über die Mittelverteilung
Vorlage: FB 56/0341/WP17

s. Ausführungen unter TOP 5.1

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/53180000 „Integrationsmaßnahmen“ gem. der Anlage 1 zu.

zu 5.1 Integrationsmaßnahmen 2020 (ehemals Projekte zur Integration) – Beschlussfassung über die Mittelverteilung

Vorlage: FB 56/0341/WP17-1

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die beiden Tagesordnungspunkte 5 und 5.1 gemeinsam zu behandeln und bei beiden Beschlussvorschlägen den Zusatz „unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans 2020“ zu streichen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/53180000 „Integrationsmaßnahmen“ gem. der aktualisierten Anlage 1 (Mittelaufstellung 2020 – Stand 13.02.2020) zu.

zu 6 Struktur der Begegnungszentren: Aufstockung der Beschäftigungsumfänge und Ausbau

Vorlage: FB 56/0361/WP17

Frau Koentges unterstützt ausdrücklich die in der Vorlage dargestellten Pläne zum Ausbau der Begegnungszentren. Der Wunsch der Träger der freien Wohlfahrtsverbände auf eine längerfristige und gesicherte Finanzierung ist verständlich, aber angesichts der derzeit schwierigen Haushaltssituation leider nicht erfüllbar. Die Finanzierungsbedarfe werden in den Haushaltsberatungsgesprächen im Herbst wohlwollend berücksichtigt.

Frau Seufert unterstützt den Ausbau der Begegnungszentren auch im Hinblick auf eine Öffnung für alle Generationen und nennt als weiteres Ziel eine multifunktionale Gestaltung auch in interkultureller und inklusiver Hinsicht. Besonders positiv hebt sie auch die Idee halbfertiger Begegnungsräume hervor, die durch die Besucher*innen selber bedarfsorientiert weiterentwickelt werden können.

Unter Bezugnahme auf Tagesordnungspunkt 4 fragt sie nach, ob es hier nicht zu Doppelstrukturen kommt und bittet die Verwaltung, die Unterschiede zu erläutern.

Herr Deumens lobt die aus der Vorlage ersichtliche umfangreiche Arbeit und betont, dass die Umwandlung von Altentagestätten in Begegnungszentren stärker in den Fokus genommen werden soll.

Bezugnehmend auf die Frage von Frau Seufert erklärt Herr Frankenberger, dass Begegnungszentren Orte der Begegnung im gesamten Stadtgebiet darstellen. Im Gegensatz dazu hat das unter Tagesordnungspunkt 4 dargestellte Förderprogramm des Landes einen speziellen Quartiersbezug; der Schwerpunkt liegt hier im Quartiersmanagement unter Vernetzung der verschiedenen Akteure im Quartier.

Herr Verholen bittet, sich nicht ausschließlich auf die Begegnungszentren zu fokussieren, sondern auch Altentagestätten und Treffen der offenen Altenhilfe mit in die konzeptionelle Weiterentwicklung aufzunehmen. Er betont, wie wichtig eine verlässliche Finanzierungszusage ist und bittet, hierfür entsprechende Positionen im städtischen Haushalt einzurichten.

Herr Frankenberger erläutert, dass es diese Haushaltspositionen bereits gibt; für das Jahr 2020 sind insgesamt 309.000 € aus Stiftungsmitteln als Sockelbetrag eingeplant und eine zusätzliche Finanzierung aus dem städtischen Kernhaushalt erfolgt. Diese finanziellen Unterstützungen werden auch für das Haushaltsjahr 2021 wieder eingeplant. Da es sich aber um freiwillige Leistungen handelt, kann aufgrund der aktuellen Lage keine feste Zusage erteilt werden.

Frau Höller-Radtke erklärt, dass die finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen immer erfolgt ist und der Ausschuss alles dafür tun wird, dies auch in den Folgejahren so fortführen zu können; verbindliche Zusagen sind aber nicht möglich.

Herr Müller unterstützt diese Aussage nochmals.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt die erarbeiteten Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Begegnungszentren und den Ausbau.

zu 7 Vergabe von Mitteln aus dem Stadteifonds

Vorlage: FB 56/0376/WP17

Frau Seufert erläutert den von ihr ausgelegten Beschlussentwurf und bittet, diesen, wie unter TOP 1 besprochen, zu berücksichtigen.

Herr Frankenberger erläutert, dass das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) ein Bundesgesetz ist, dessen Leistungsvoraussetzungen, nämlich eine Essensausgabe an Schulen und Kindertageseinrichtungen, seit April 2020 nicht mehr gegeben sind. Auf Bundesebene wird aktuell geprüft, ob eine anderweitige Gestaltung, z.B. in Form von Essenslieferungen der Kantinen an BuT-Leistungsberechtigte, möglich ist.

Aus kommunaler Sicht besteht keine Möglichkeit, auf Grundlage des BuT unter den aktuellen Gegebenheiten Leistungen zu gewähren. Es wird aber alles getan, um trotzdem die Versorgung der betroffenen Kinder sicherzustellen; in diesem Kontext ist auch die hier behandelte Vorlage „Vergabe von Mitteln aus dem Stadteifonds“ zu sehen.

Frau Seufert bittet die Verwaltung trotzdem, sich über die in der Stadt Oldenburg gefundenen Lösungen zu informieren und zu prüfen, ob diese nicht auch in Aachen anwendbar sind, damit nicht nur Kinder vom Driescher Hof von der Essensversorgung profitieren können, sondern Bedürftige im gesamten Stadtgebiet.

Frau Höller-Radtke verweist auf die Ausführungen von Herrn Frankenberger und erklärt nochmals, dass es sich bei dem Bildungs- und Teilhabegesetz um Bundesrecht handelt.

Herr Frankenberger ergänzt, dass, sollte der Bund zu der Entscheidung kommen, dass die BuT-Mittel anders verwendet werden können, er diese Entscheidung gerne umsetzt. Bis es soweit ist, kann seitens der Stadt Aachen nur der Einsatz von städtischen Haushaltsmitteln angeboten werden; Anträge hierzu werden wohlwollend geprüft.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Die Finanzierung der Projekte erfolgt in Höhe von insgesamt 7.500 EURO aus PSP-Element 4-050101-916-5 „Sozialraumbezogene Maßnahmen“, Kostenart 53180000.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zusätzliche Anträge wohlwollend zu prüfen und sich über Modelle zur Verwendung von Essensgeldern aus dem Bundes- und Teilhabegesetz (BuT) anderer Kommunen, z.B. Oldenburg, zu informieren.

ASID/34/WP.17

Ausdruck vom: 04.06.2020

Seite: 11/17

zu 8 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0358/WP17

Herr Deumens erkundigt sind, warum es den in der Vorlage genannten Zuständigkeitswechsel vom Landschaftsverband zu den Kommunen gegeben hat und wer diesen finanziert.

Herr Frankenberger erklärt, dass der Zuständigkeitswechsel auf dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) beruht; hier ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Bislang lag der Fokus auf dem Heimplatz, jetzt auf dem einzelnen Bewohner. Für die Verwaltung bedeutet diese einen erheblichen Mehraufwand, da 350 Fälle zusätzlich Leistungen nach dem SGB XII erhalten.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Frankenberger teilt mit, dass der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration zu Corona-Zeiten „normal“ weiter arbeitet; eine Kontaktaufnahme zu den Sachbearbeitern ist weiterhin (wenn auch vorrangig telefonisch oder per Mail) möglich; es entstehen keine Rückstände und die Bearbeitungszeiten sind gleich geblieben. Aufgrund des Kontaktverbotes mussten einige organisatorische Änderungen in den Abläufen vorgenommen werden, z.B. wurde das Einreichen von Unterlagen vereinfacht (bisher musste das Original vorgelegt werden, jetzt reicht die Übersendung einer Kopie) und es wurden spezielle Hotlines eingerichtet.

In Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtsverbände wurde die Unterstützung der Obdachlosenhilfe den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Es wurden zusätzliche Einrichtungen

angemietet, um eine räumliche Entzerrung zu bewirken, und spezielle Quarantäne-Zimmer eingerichtet zur Unterbringung von Erkrankten / unter Quarantäne stehenden Menschen.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtsverbände wurde eine Kampagne zur ehrenamtlichen Unterstützung allein lebenden Menschen, die aufgrund der aktuellen Corona-Situation ihre eigene Versorgung nicht mehr sicherstellen können, ins Leben gerufen.

Frau Höller-Radtke bedankt sich bei der Fachbereichsleitung und dem gesamten Fachbereich im Namen des Ausschusses für die unterstützenden Maßnahmen und Hilfen.

Frau Seufert erkundigt sich nach dem aktuellen Bearbeitungsstand des Ratsantrages der Fraktion GRÜNE „Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen in gemeinnützigen Einrichtungen“.

Herr Frankenberger erklärt, dass die aufgrund dieses Ratsantrags erstellte Vorlage ursprünglich für diese Sitzung angedacht gewesen war, aufgrund der aktuellen Situation aber nochmals überarbeitet werden muss und voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 13.08.2020 beraten werden kann. Im Jahr 2019 konnten Einsparungen in Höhe von ca. 250.000 € erzielt werden; nun muss in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter eine alternative Mittelverwendung geklärt werden, und zudem, in welcher Form Maßnahmen bei den Trägern wieder anlaufen können.

Frau Höller-Radtke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.45 Uhr.